

## 8. Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt

***Nur wenige Menschen mit geistiger Behinderung finden eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.***

### **Frage 19:**

***Welche Maßnahmen sind Ihrer Ansicht nach geeignet, um den Zugang von Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern?***



Aus Sicht der CDU in Niedersachsen kann das Budget für Arbeit entscheidend dazu beitragen, den Zugang von Menschen mit Behinderungen zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wir werden die erzielten Fortschritte intensiv prüfen und geeignete Maßnahmen voranbringen.



Der allgemeine Arbeitsmarkt steht noch viel zu wenigen Menschen mit Behinderung offen. Trotz gesetzlicher Beschäftigungspflichtquote gibt es zu wenige Arbeitsplätze. Bundesweit ist die Arbeitslosenquote zwar so niedrig wie zuletzt 1992. Entgegen diesem positiven Trend stieg allerdings die Zahl schwerbehinderter Arbeitsloser sogar noch. Um den Weg zu einem inklusiven Arbeitsmarkt zu öffnen, wird eine SPD-Landesregierung deshalb ein ganzes Maßnahmenbündel ergreifen: bessere Information der Unternehmen über Hilfsmöglichkeiten bei Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsassistenz; individuelle Vermittlung von Menschen mit Behinderungen durch Fachpersonal der Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Integrationsfachdienste; neue Leistungsangebote zur Qualifizierung, Bildung und Arbeit in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM).



Unser Ziel ist es, dass jeder Arbeitswillige einen Arbeitsplatz findet. Ein eigenes Einkommen aus eigener Arbeit ist für Liberale unverzichtbarer Bestandteil eines Lebens in Würde und Selbstbestimmung. Bezuschussung und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen kann und darf nur der Ausnahmefall sein. Liberale

Arbeitsmarktpolitik sorgt dafür, dass Menschen auf eigenen Beinen stehen können. Arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen Menschen in die Lage versetzen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und dürfen nicht von einer Maßnahme in die nächste führen.

Die FDP setzt sich daher dafür ein, dass die Mittel aus der Ausgleichsabgabe zur finanziellen Förderung von Betrieben einzusetzen sind die Menschen mit Behinderungen einstellen. Es ist zu belohnen, wenn Menschen mit Behinderungen die Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigung und damit auf ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben ermöglicht wird. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Personen mit Lernschwäche, Lernbeeinträchtigung oder Lernbehinderung eine Modularisierung der Ausbildung mit Teilabschlüssen ermöglicht wird. Darüber hinaus sollte das Budget für Arbeit stärker genutzt werden.



Um den Zugang von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu steigern, sollte die Vermittlung von in Werkstätten beschäftigten Menschen mit Behinderungen auf den Allgemeinen Arbeitsmarkt z.B. mit Hilfe der Integrationsfachdienste und/oder spezieller Fachkräfte in den Werkstätten intensiviert werden. Dadurch könnte auch für eine stärkere Inanspruchnahme des „Budget für Arbeit“ gesorgt werden. Es gibt leider immer noch Arbeitgeber, die aus Unwissen und Vorurteilen heraus sich scheuen Menschen mit Behinderungen anzustellen.

Die Beschäftigung in sogen. Integrationsfirmen kann in Niedersachsen noch ausgebaut werden. Die Sonderprogramme zur Eingliederung, die zwischen der Bundesagentur und dem Land nahezu jährlich verabredet und ausgeschrieben werden, wollen wir fortsetzen. Eine Absenkung der Ausgleichsabgabe lehnen wir ab.

Zur Erleichterung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wollen wir den § 38 a des Sozialgesetzbuches IX überprüfen, mit dem Werkstätten Menschen mit Behinderungen in sogenannten ausgelagerten Arbeitsplätzen und Betriebseinheiten beschäftigen dürfen.

Antwort in Leichter Sprache:

Wenn man in der Werkstatt gelernt hat kann man:

- in Außenarbeitsplätzen arbeiten
- mit dem Budget für Arbeit in normalen Betrieben arbeiten

Dazu braucht man Hilfe.



DIE LINKE tritt für eine Anhebung der Mindestbeschäftigungsquote und schärfere Sanktionen ein. Im Wahlprogramm haben wir hierzu festgelegt: „Wir werden den Druck auf niedersächsische Unternehmen, mehr Menschen mit Behinderungen einzustellen und dafür geeignete Arbeitsplätze zu schaffen anstatt sich von solchen Verpflichtungen loszukaufen, erhöhen. Mit uns wird das Land dabei als Vorbild vorangehen.“

Auch auf behördlicher Ebene muss aus unserer Sicht ein radikales Umdenken stattfinden. Wir wollen die Alltagspraxis durchbrechen, wonach Menschen mit Behinderung quasi als erstbeste „Problemlösung“ in Werkstätten abgeschoben werden, ohne ihre Perspektiven in anderen Erwerbsbereichen überhaupt geprüft und ihre Neigungen und Talente berücksichtigt zu haben.

## 9. Politische Teilhabe

***Menschen mit Behinderung arbeiten kaum in politischen Parteien mit.***

**Frage 20:**

***Welche Erfahrungen besitzt Ihre Partei in der Mitarbeit von Menschen mit Lernschwierigkeiten?***



Die CDU in Niedersachsen als Volkspartei der Mitte bemüht sich darum, attraktive Rahmenbedingungen zur politischen Mitarbeit aller zu schaffen. Hierzu zählen selbstverständlich auch Menschen mit Lernschwierigkeiten. Wir verfügen nicht über einen statistischen Überblick über die Einbindung von Menschen mit Lernschwierigkeiten in die Parteiarbeit der CDU. Gleichwohl sorgen für durch breit gefächerte Angebote dafür, dass die politische Willensbildung in der CDU leicht verständlich und nachvollziehbar veranschaulicht wird.



s. Antwort zur Frage 21



Jedes Mitglied ist hoch willkommen. Wir ermöglichen es jedem im Rahmen seiner Interessen und Möglichkeiten mitzuarbeiten. Menschen mit Lernschwierigkeiten können daher in allen Bereichen der Partei, z.B. in Landesfachausschüssen, gefunden werden.



Auf Bundesebene gibt es die BAG Behindertenpolitik Bündnis 90/Die Grünen, die mehrmals im Jahr tagt und zu jeder Sitzung über aktuelle sozialpolitische Themen diskutiert und konkrete Aufträge an die Bundestagsabgeordneten weitergibt. Auf

Länderebene gibt es in Nds. die AG Inklusion, die sich mit Inklusionsthemen beschäftigt und konkrete Forderungen z.B. in das Landtagswahlprogramm einarbeitet. Das Landtagswahlprogramm 2013 von Bündnis 90/Die Grünen wird auch in leichter Sprache erscheinen.

Antwort in Leichter Sprache s. Antwort zur Frage 21



Die „Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik Niedersachsen“ der Partei DIE LINKE hat über 100 Mitglieder. Zu diesen gehören auch Menschen mit Lernschwierigkeiten. Zur Kommunalwahl 2011 wurde das Wahlprogramm in Osnabrück in leicht verständlicher Sprache von Menschen mit Lernschwierigkeiten selbst verfasst. Auch das Bundestagswahlprogramm wurde zuvor in leicht verständlicher Sprache formuliert. Den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderung haben wir auch im Sprecherrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik in der Partei DIE LINKE verwirklicht.

**Frage 21:**

***Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, um Menschen mit Lernschwierigkeiten die aktive Mitarbeit und ordentliche Mitgliedschaft zu ermöglichen?***



Die CDU in Niedersachsen informiert ihre Mitglieder regelmäßig mit Newslettern über aktuelle politische Entscheidungen und Ereignisse in möglichst leichter Sprache. Mit dem Papier „Dynamische Volkspartei“ sowie der Mitgliederumfrage „VOLKSPARTEI der Zukunft“ haben wir seit 2008 neue Strategien zur Mitgliederbindung entwickelt. Mit der 2010 eingeführten Gesprächsreihe NIEDERSACHSEN IM GESPRÄCH haben wir ferner ein Format geschaffen, in welchem wir in einem kleinen Rahmen die Positionen der CDU transparent darstellen und den Mitgliedern die Chance zur Teilhabe und Diskussion eröffnen. Durch die Bestimmung unserer Kandidaten zur Landtags- und Bundestagswahl in Mitgliedervollversammlungen haben wir auch die wichtigsten personalpolitischen Entscheidungen innerhalb der CDU für alle Mitglieder geöffnet. Diesen Kurs der konsequenten Öffnung und Mitgliedereinbindung wollen wir auch in den kommenden Jahren konsequent fortführen.



Jede/r, der/die sich zu den Werten und Zielen der SPD bekennt, kann und soll Mitglied der SPD werden. Das gilt auch und gerade für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Die SPD ist die Partei, die seit ihrer Gründung vor nun fast 150 Jahren für Emanzipation, soziale Teilhabe und soziale Sicherung kämpft. Das Wort Inklusion war noch lange nicht erfunden, da stritt die SPD schon für eine Gesellschaft gerechter Teilhabe, für eine Gesellschaft, in der nicht mehr Geburt und Herkunft über den eigenen Lebensweg entscheiden.

Zur Vorbereitung des Regierungsprogramms führt die SPD Niedersachsen seit mehr als 2 Jahren im Rahmen eines Forums „Inklusives Niedersachsen – gemeinsam Leben und Arbeiten“ mit zahlreichen Verbänden und Einzelpersonen eine breite gesellschaftliche Diskussion über die aktuellen und kommenden behindertenpolitischen Herausforderungen. Die LEBENSHILFE trug wesentlich zum Erfolg dieses Forums bei. Das Forum hat als Ergebnis eine umfangreiche Positionierung vorgelegt, deren zentrale Forderungen in das Programm einer künftigen SPD-Landesregierung aufgenommen wurden.

Menschen mit Behinderung haben sich in der SPD zum „Netzwerk Selbst Aktiv“ zusammengeschlossen. „Selbst Aktiv“ nimmt mit zahlreichen Initiativen und Aktionen maßgeblich Einfluss auf innerparteiliche Debatten und die öffentliche Positionierung der SPD. „Selbst Aktiv“ ist in ganz Deutschland vertreten. Seit einigen Monaten hat das Netzwerk auch den Status einer offiziellen Arbeitsgemeinschaft der SPD. Die Bedeutung von „Selbst Aktiv“ wurde damit nochmals gestärkt. Mitbegründer und Bundesvorsitzender von „Selbst Aktiv“ ist Herr Karl Finke, der hauptberuflich das Amt des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen ausübt.



Wir unterscheiden unsere Mitglieder nicht. Menschen mit egal welcher Behinderungen sind grundsätzlich ordentliche Mitglieder. Als solchen stehen Ihnen sämtliche Rechte, wie beispielsweise die bereits erwähnte Mitarbeit in Fachausschüssen, zu. Insofern bedarf es keiner besonderen Maßnahmen.



Für die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen im November 2012 sind Anträge zur Bereitstellung von Mitteln der Partei für barrierefreie Veranstaltungen eingegangen. Diese Anträge wurden in unserer BAG Behindertenpolitik intensiv diskutiert. Der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen steht dem Thema Inklusion mehr als offen gegenüber. Die Umsetzung muss in der Partei Bündnis 90/Die Grünen schrittweise und individuell erfolgen, so u.a. mit dem Ziel kommende Landesdelegiertenkonferenzen barrierefrei zu gestalten.

Antwort in Leichter Sprache:

Wir haben Gruppen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung miteinander sprechen. Sie machen Vorschläge für das Programm. Unser Wahlprogramm gibt es auch in leichter Sprache. Unsere Parteitage sollen bald ohne Barrieren sein.

**DIE LINKE.**  
N I E D E R S A C H S E N

DIE LINKE ist offen für alle Menschen mit Behinderungen und hat diese Haltung explizit in einem Parteibeschluss festgelegt. In Osnabrück werden regelmäßige behindertenpolitische Sprechstunden von Menschen mit Behinderungen durchgeführt. Die Landesarbeitsgemeinschaft übernimmt die Aufgabe der Kontaktvermittlung zur Landes- und Bundesebene der Partei sowie zu den Behindertenbeiräten in den Kommunen.